

Tod nach Kollision mit Streifenwagen

Pizzabotin erliegt Verletzungen

Hannover. Nach einem Zusammenstoß mit einem Polizeiauto ist in Hannover eine 18 Jahre alte Pizzalieferantin ums Leben gekommen. Sie war auf einem Roller unterwegs, als es zu dem Unfall kam. Die Beamten in dem Streifenwagen überholten am Sonntagabend einen Linienbus und kollidierten dann aus bislang unbekannter Ursache mit der entgegenkommenden jungen Frau, wie ein Polizeisprecher mitteilte. Die Beamten fuhren ohne Blaulicht und Sirene.

Die 18-Jährige erlitt bei dem Unfall schwere Verletzungen und starb kurz danach im Krankenhaus. Der 53 Jahre alte Fahrer des Streifenwagens und sein 28 Jahre alter Kollege erlitten einen Schock.

Ein unabhängiger Gutachter soll nun den Unfallhergang klären. Die Polizei wollte am Montag keine Auskünfte geben und verwies an die Staatsanwaltschaft. Oberstaatsanwalt Thomas Klinge erklärte: „Wir müssen jetzt genau mit Zeugenaussagen und den Ergebnissen der Untersuchungen ermitteln, wie es zu dem schrecklichen Unfall kommen konnte“. Der Oberstaatsanwalt weiter: „Die Ermittlungen haben wir bei der Staatsanwaltschaft Hannover schon heute übernommen, weil jeder Verdacht einer Befangtheit im Rahmen der Ermittlungen vermieden werden soll.“ Das sei auch der Wunsch der Polizei gewesen. DPA

BRAND IN LEMWERDER

Feuer zerstört alte Villa

Lemwerder. In einer alten Villa an der Berner Straße in Lemwerder, Ortsteil Krögerdorf, ist in der Nacht zu Montag ein Feuer ausgebrochen. Vier Ortsfeuerwehren waren mit 13 Fahrzeugen und 86 Einsatzkräften bis zum frühen Morgen vor Ort, um den Brand unter Kontrolle zu bringen. Verletzt wurde niemand. Die Bewohner waren nach Angaben einer Polizeisprecherin nicht zu Hause. Entdeckt worden war das Feuer um 2.15 Uhr von einer Polizeistreife. Nachdem das Feuer bereits als gelöscht galt, musste die Feuerwehr am Montag gegen 9 Uhr noch einmal ausrücken, weil es erneut ausgebrochen war. JLA

HOCHLAGEN IM HARZ

Ergiebiger Schneefall

Braunlage. In den Hochlagen des Harzes wird es laut Vorhersagen des Deutschen Wetterdienstes bis Mittwoch erstmals in diesem Winter ergiebig schneien. Schon für die Nacht zum Dienstag rechnet er mit zehn Zentimetern Schnee, sagte Meteorologe Christoph Hartmann. Die Schneefallgrenze werde voraussichtlich bis auf 400 oder sogar 300 Meter sinken. „Und wir gehen davon aus, dass das winterliche Wetter im Harz vorerst Bestand hat“, erklärte Hartmann. In den höheren Lagen wie auf dem Wurmberg werde der Schnee in jedem Fall liegen bleiben. Von Mitte der Woche an werde die Schneefallgrenze allerdings leicht steigen. DPA

BLITZER HINTER BLITZER

500 Temposünder erwischt

Hann. Münden. Knapp 500 Temposünder sind auf der A7 kurz hinter dem bekannten Dauerradar an der Werrabrücke in eine mobile Tempokontrolle geraten. Unter den geblizten Rasern, die sich nicht an das vorgeschriebene Tempo von 100 beziehungsweise 60 km/h hielten, waren knapp 400 Autofahrer und 91 Lastwagen, teilte die Polizei in Göttingen mit. „Ein Großteil der Verkehrsteilnehmer bremsst zwar vor der fest installierten Radareinrichtung vorschriftsmäßig ab“, sagte ein Sprecher. „Direkt hinter der Anlage beschleunigen sie dann aber wieder.“ DPA

SCHNELLBUSLINIEN

Zeven-Bremen im Gespräch

Hannover. Mit Schnellbussen sollen niedersächsische Städte ohne Bahnverbindung künftig an das Schienennetz angebunden werden. Das sieht ein Plan des Verkehrsministeriums vor. Die Gespräche zwischen Land und Kommunen seien weit fortgeschritten, sagte Ministeriumssprecher Stefan Wittke am Montag. Erste Linien könnten voraussichtlich 2017 ausgeschrieben und 2018 in Betrieb genommen werden. Künftige Schnellbuslinien könnten beispielsweise Duderstadt an Göttingen oder Zeven an Bremen anbinden. Denkbar seien derzeit landesweit etwa 20 Linien. DPA



Tannen so teuer wie im Vorjahr

Die Weihnachtsbäume werden in diesem Jahr kaum teurer sein als 2015. „So dürfte die Nordmantanne als beliebteste Variante in zwei Metern Größe 36 bis 45 Euro kosten“, teilte das Landvolk in Hannover unter Berufung auf den Bundesverband der Weihnachtsbaumerzeuger mit. Blaufichten in dieser Größe seien schon für 20 bis 24 Euro zu erhalten, hieß es am Montag. Zunehmend nachgefragt sind laut Landvolk eher kleine Bäume.

Besonders beliebt sei der Einkauf direkt von der Plantage. Die Anbauer bereiten sich dieser Tage auf die Saison vor, teilte das Landvolk mit. Die Einschlagsaison werde Ministerpräsident Stephan Weil (SPD) an diesem Dienstag in Neustadt am Rübenberge starten. Rund 25 Millionen Weihnachtsbäume aus Deutschland sollen bis zum Fest verkauft werden. TEXT: DPA/FOTO: DPA

Tod eines Streitschlichters

Gericht kann nicht genau klären, wie ein 24-Jähriger zu Tode kam / Landgericht verhandelt nun den Fall

VON ELENA METZ
UND VALENTIN FRIMMER

Hannover. Es war viel Alkohol im Spiel in der Nacht zum 22. Februar 2015, in der ein 24 Jahre alter Mann auf dem Parkplatz vor einer Kneipe in Seelze bei Hannover zu Tode kam. An den Ablauf der Rangelei kann sich fast zwei Jahre nach der Tat keiner der geladenen Zeugen vor dem Amtsgericht Hannover mehr genau erinnern. Sicher sind sie sich beim Prozessauftakt am Montag allerdings darin: Das Opfer hatte mit dem Streit nichts zu tun, es wollte nur schlichten. Weil nicht klar ist, ob es sich um fahrlässige Tötung oder Körperverletzung mit Todesfolge handelt, hat der Richter den Fall an das Landgericht verwiesen.

Einem 49 Jahre alten Mann wird vorgeworfen, den 24-Jährigen im Laufe des Streits mit einem Schlag am Kopf getroffen zu haben. Der Mann starb wenig später im Krankenhaus. Wie sich bei der Obduktion herausstellte, hatte der junge Mann unter einem krankhaften Aneurysma im Gehirn gelitten, was zu einer nicht zu stoppenden Hirnblutung führte. Als der Staatsanwalt die Anklageschrift wegen fahrlässiger Tötung vorliest, sitzt der Beschuldigte mit gebeugtem Rücken da, den Kopf in den Händen versunkener. Immer wieder wischt er sich Tränen mit einem Taschentuch weg.

Der Angeklagte gesteht die Tat. In einer von seiner Anwältin verlesenen Erklärung bestätigt er in etwa das Geschehen. Die jungen Männer hätten ihn umzingelt und beschimpft. Er selbst sei sehr betrunken gewesen, an mindestens fünf bis sieben Gläser

Weizenbier meint er sich zu erinnern. Auf dem Parkplatz vor der Kneipe habe er gesehen, wie ein Mann gegen sein Auto getreten hat. Er sei aus der Kneipe gegangen, um ihn zur Rede zu stellen. Dabei kam es zur Rangelei.

Die Zeugen schildern in etwa folgendes Geschehen: Eine Gruppe junger Männer geriet wegen Geldes in Streit. Vor der Kneipe beschimpften und schubsten sie sich. Der Angeklagte kam aus der Kneipe und beschimpfte die Männer, weil sie gegen sein Auto getreten haben sollen. Alle Beteiligten

waren betrunken, es entstand eine Rangelei. Der 24-jährige Mann sah das und ging aus der Kneipe, um den Streit zu schlichten. Er versuchte, einen Freund aus dem Gerangel zu drücken, geriet dabei zwischen diesen und den 49-Jährigen, der ihn mit einem Schlag am Kopf traf.

Ob der Schlag des Angeklagten, der schließlich den jungen Streitschlichter traf, gezielt gegen einen Mann gerichtet war, oder wahllos in die Gruppe ging, klärt sich für Richter Lars Römermann auch nach der Befragung von vier Zeugen nicht. Wer in

einer solch engen Situation zuschlage, nehme billigend in Kauf, dass andere verletzt werden, sagt der Richter. Es komme daher auch eine Körperverletzung mit Todesfolge in Betracht, was aber nicht das Amtsgericht, sondern ein Schwurgericht verhandelt. Für fahrlässige Tötung sieht das Gesetz eine Geldstrafe oder Freiheitsstrafe bis fünf Jahre vor. Bei Körperverletzung mit Todesfolge liegt das Strafmaß bei drei bis 15 Jahren.

Es ist nicht das erste Mal, dass ein couragierter Bürger mit dem Leben bezahlt: Im August stellt sich ein 57-Jähriger in Berlin zwischen zwei Streithähnen. Dabei wird er geschubst und stürzt. Er stirbt an den Folgen einer Kopfverletzung. Im Juli 2015 will ein 65 Jahre alter Mann im mittelfränkischen Bechhofen einen Streit unter etwa zehn Personen vor einer Gaststätte schlichten. Er wird gestoßen und stürzt. Der Hinterkopf gegen eine Bordsteinkante und stirbt. Im November 2014 stirbt die 22-jährige Tugce, nachdem ihr ein 18-Jähriger in Offenbach ins Gesicht geschlagen hat. Die Studentin soll vor der Tat zwei Mädchen vor dem Angeklagten beschützt haben. Der Täter wird zu drei Jahren Jugendhaft verurteilt. Im Oktober 2011 wird in Bocholt ein Kneipengast erstochen. Der 26-Jährige hatte dem Wirt helfen wollen, der von mehreren Männern angegriffen worden war. Im Mai 2010 wird ein 21-Jähriger vor einer Frankfurter Diskothek erstochen. Er wollte zwei Frauen zu Hilfe kommen. Im September 2009 stellt der Geschäftsmann Dominik Brunner sich schützend vor vier Schüler und wird an einem Münchner S-Bahnhof von Jugendlichen verprügelt. Er stirbt im Krankenhaus. DPA

Eingreifen oder nicht?

Wer Zeuge einer Straftat wird, fühlt sich oft hilflos. Gehen Außenstehende bei einer Prügelei dazwischen, bringen sie sich möglicherweise selbst in Gefahr. Tun sie nichts, lassen sie das Opfer im Stich. Es helfe, mit einem klaren Kopf zu handeln, erklärt Bianca Biwer vom Opferschutzverband Weißer Ring.

„Ruhig bleiben und die Initiative ergreifen“, rät sie. Am besten rufen Zeugen zunächst die Polizei. Es sei hilfreich, sich lautstark bemerkbar zu machen. So merke das Opfer, dass jemand helfen möchte. Wenn möglich, solle man das Opfer direkt ansprechen und fragen: „Kann ich Ihnen helfen?“ Es sei auch hilfreich, Passanten anzusprechen.

Auf keinen Fall dürfe man sich in einer Notsituation völlig teilnahmslos verhalten, warnt Biwer. Denn unterlassene Hilfeleistung ist strafbar. Im Zweifel sei es immer

richtig, die Polizei zu rufen. Außerdem helfe es, sich Aussehen und Fluchtverhalten des Täters einzuprägen.

Es helfe sehr, sich als Zeuge einer Gewalttat in die Rolle des Opfers hinein zu versetzen, rät Biwer. Zeugen sollten sich fragen: Was wäre, wenn ich selbst in einer bedrohlichen Lage wäre? Wichtig sei die Entschlossenheit, wirklich zu helfen. Denn die Erfahrung zeige: Je mehr Menschen an einem Tatort sind, desto weniger greifen ein.

Biwer rät davon ab, sich selbst in Gefahr zu bringen und sich auf eine handgreifliche Auseinandersetzung einzulassen. „Gefährlich kann es werden, in einer brenzligen Situation die Kontrolle zu verlieren“, warnt die Expertin. Im schlimmsten Fall springe der Täter darauf an, und die Situation eskaliere. „Versuchte Heldentaten“ könnten zur Katastrophe führen. Aber nicht immer lasse sich die Gefahr richtig einschätzen. DPA

„Quittung fürs Nichtstun“

Nach Nitrat-Klage greifen Grünen-Politiker Bundesminister an

VON ELMAR STEPHAN

Hannover. In der Klage der EU-Kommission gegen Deutschland wegen Versäumnissen beim Grundwasserschutz sieht Niedersachsen Agrarminister Christian Meyer (Grüne) eine Quittung fürs Nichtstun. „Die Klage der EU kommt einer Ohrfeige für den Bundesminister gleich“, so Meyer. Die EU-Kommission hat nach Angaben des Europäischen Gerichtshofes eine entsprechende Klage eingereicht. Als Hauptursache hoher Nitratwerte gelten zu lasche Regeln beim Umgang mit Gülle und Kunstdünger. Fast ein Drittel der Messstellen in Deutschland melden einen über dem Grenzwert liegenden Nitratgehalt im Grundwasser. In Niedersachsen liegt der Anteil bei 60 Prozent.

Seit drei Jahren verschleppe Bundesagrarminister Christian Schmidt (CSU) die Überarbeitung der Düngegesetzgebung in Deutschland, sagte Meyer am Montag. Die Vorschläge der Länder für eine Reform zum Schutz des Grundwassers seien lange auf dem Tisch. Schmidt weigere sich, eine Bilanz über die bei den Betrieben hinein- und hinausgehenden Stickstoffmengen, Datentransparenz bei der Kontrolle und effektive Maßnahmen gegen Überdüngung auf den Weg zu bringen, kritisierte er.

Auch Niedersachsens Umweltminister Stefan Wenzel (Grüne) sieht Versäumnisse im Bund. „Seit drei Jahren hängt die Umsetzung der Düngeverordnung in der Bundesregierung fest“, sagte er. Der Rechtsrah-



Gülle belastet das Grundwasser – jetzt verklagt Brüssel die Bundesrepublik. FOTO: DPA

men, der Datenabgleich und die Bußgelder müssten verschärft werden. Die Landesregierung setze einerseits auf die Beratung beim Wasserschutz und die Kooperation von Landwirten, die Nährstoffe aus Überlast-Regionen in Nachfrage-Regionen bringen wollen. Sie verschärfe andererseits die Kontrollen in Landkreisen, in denen die Nitrat-Belastungen auch gegen den Trend weiter ansteigen, erklärte Wenzel.

Für das Landvolk erklärte Sprecherin Gabi von der Brelie, dass die Klageschrift der EU-Kommission auf der geltenden Düngeverordnung basiere, die in Überarbeitung sei. „Es ist davon auszugehen, dass die von der Kommission kritisierten Punkte darin abgearbeitet werden“, sagte sie. Die überarbeitete Fassung dürfte im Frühjahr 2017 in Kraft treten. Die Landwirtschaft sperre sich nicht gegen eine Überarbeitung.

Machtkampf in der Landes-AfD

Parteichef Hampel gerät wegen seines Führungsstils unter Druck

VON PETER MLODOCH

Hannover. In der niedersächsischen AfD tobt ein bizarrer Machtkampf. Landeschef Armin-Paul Hampel sieht sich wegen seines Führungsstils „nach Gutsherrenart“ und seiner angeblichen finanziellen Mausechelen zunehmenden Rücktrittsrufen ausgesetzt. Der ehemalige Fernseh-Auslandskorrespondent kontert die parteiinternen Vorwürfe mit einer wüsten Rundmail. Einige AfD-Mitglieder würden ihn wohl am liebsten „in einen Teppich gerollt neben der Autobahn verscharrt“ sehen, beklagt Hampel in dem Schreiben.

Das wiederum ruft seine Widersacher auf den Plan. „Ich dachte erst an einen schlechten Scherz“, wundert sich der Rintelner Kommunalpolitiker Jens Wilharm. „Abstoßend und absurd“ nennt der ostfriesische AfD-Kreisvorsitzende Holger Pieters, der gern selbst Landeschef werden will, diese „geistige Abenteuerfahrt“ Hampels. Aber auch andere Funktionäre schütteln den Kopf. „Unfassbar“ und parteischädigend“ sei das Verhalten des amtierenden Vorsitzenden.

Auslöser der neuen Rüpelleien war ein Handstreich Hampels vor gut einer Woche. Ohne Vorwarnung und ohne förmlichen Beschluss seiner Vorstandskollegen hatte der AfD-Chef den unliebsamen Kreisverband Hildesheim einfach aufgelöst und deren Vorsitzende abgesetzt. Dies sei ein willkürlicher Verstoß gegen das Parteiengesetz und auch

gegen die AfD-Satzung, wettet Pieters in einem Brief an die Führungskräfte der Partei. „Herr Hampel befand sich auf einer persönlich motivierten Säuberungsveranstaltung und politischen Amokfahrt.“ Der Ostfrieze thematisiert in dem Schreiben, das dem WESER-KURIER vorliegt, gleichzeitig mögliche finanzielle Unregelmäßigkeiten. „Von Herrn Hampel ist der legale Nachweis über illegale Spendenabwicklungen in der AfD immer noch nicht neutral geführt.“

Immer wieder heißt es in Parteikreisen, Hampel sei finanziell klamm und strebe vor allem deswegen eine Bundestagskandidatur an. Nach der Kommunalwahl im September war Hampel mit dem Versuch gescheitert, die aufwüppige Basis per Satzung zu entmachten. Daraufhin hatte er sich erst einmal eine zweiwöchige Auszeit genehmigt.

Jetzt putschen einige Kreisverbände gegen den Zeitplan des Vorstandes. Nach Informationen des WESER-KURIER will die AfD-Spitze Anfang Februar kommenden Jahres die Bewerber für den Bundestag aufstellen und Mitte März die Neuwahl der Führungsgremien durchführen lassen. Doch die Stimmen mehren sich, diese Reihenfolge umzudrehen; hinter den Kulissen formieren sich die Unterstützer für einen entsprechenden Antrag. Das mögliche Kalkül: Sollte Hampel bei seiner Wiederwahl zum Landeschef scheitern, würden auch seine Chancen für eine Berliner Karriere gewaltig sinken.

WESER KURIER

Eine Auswertung dieser Messfelder ermöglicht es uns, täglich die Druckqualität der Zeitung zu überprüfen.

